Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefttr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 48 — Mittwoch, 26. Februar — 1919

Der neue Verfassungsentwurf.

Am 22. Februar ist der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung der umgearbeitete Entwurf der neuen Reichsverfassung zugegangen. Was ihn in der Hauptsache kennzeichnet, ist, daß er eine straffere Zusammenfassung der Reichsgewalt versucht, wobei er aber überall Schranken und Hemmnisse der geschichtlichen Entwicklung findet, die sich zum Teil stärker erwiesen haben, als der Wille zur Einheit. Während die bisherige Reichsverfassung von den gegebenen staatlichen Verhältnissen ausging, die deutschen Gliedstaaten einen ewigen Bund bilden ließ, muß der Entwurf des Reichsministers des Innern im Rahmen der Reichsverfassung selbst eine Neuordnung schaffen. Der Artikel 15 bestimmt nämlich, daß die deutschen Gliedstaaten berechtigt sind, sich zum Zwecke der Bildung größerer, leistungsfähiger Gliedstaaten im ganzen oder in Teilen zusammenzuschließen. Während die Notverfassung ausdrücklich anordnete, daß Gebietsveränderungen nicht ohne Zustimmung der Landesversammlgng eines Freistaates möglich sein sollen, geht der neue Entwurf darüber weit hinaus. Zunächst bestimmt Artikel 10, daß Reichsrecht Landesrecht bricht. Sodann will Art. 15 anordnen, daß wenn bei einer Zusammenlegung von Landesteilen oder Gliedstaaten keine Einigung unter den Nächstbeteiligten erfolgt, die Reichsregierung angerufen werden kann. Bleibt dieses Mittel ergebnislos, so ist die Angelegenheit durch Reichsgesetz zu regeln. Ergibt sich dann, daß der Reichsrat als Vertreter der gliedstaatlichen Regierungen mit der durch Reichsgesetz beschlossenen Regelung nicht einverstanden ist, so bleibt die letzte Entscheidung einer Volksabstimmung vorbehalten. Es ist nun weiter eine Eigentümlichkeit des neuen Verfassungsentwurfes, daß er die Grenzen der Gliedstaaten grundsätzlich immer für flüssig und wandelbar ansieht. Denn die Bildung neuer Staaten ist immer möglich, nur bedarf sie der Bestätigung durch Reichsgesetz. Der Aufbau des Entwurfs ist zwar in der Voraussetzung der staatlichen Grundformen klar und durchdacht, soweit er auf den Zweck hinarbeitet, die geschichtlichen und stammeseigentümlichen Bildungen zu lösen, allein er enthält auch die Keime ununterbrochener Verwicklungen u. Streitigkeiten. Wenn die Nationalversammlung nicht den umgekehrten Weg geht, das heißt zunächst einmal die Grenzen der Gliedstaaten als solche unter Anlehnung an Herkommen, Geschichte und wirtschaftliche Verhältnisse festsetzt, hat schließlich die Bevölkerung jedes Landesteiles auf Grund des Art. 15 der Reichsverfassung das Recht, sich zu jeder Zeit ein anderes Haus zu suchen, wenn ihr aus irgend welchen Gründen, vielleicht steuer-politischer Natur, die bisherige Zuteilung nicht gefällt. Wir haben davon ja einen Vorgeschmack bekommen in den Versuchen, rheinische und mitteldeutsche Sonderrepubliken zu errichten.

Sonst gliedert sich der Entwurf in acht Abschnitte. Der erste handelt von dem Reich und seinen Gliedstaaten. Darin ist auch der als Reichsrat umgegossene Bundesrat enthalten, mit zum Teil widersinnigen Bestimmungen. Die Stimmen, die einem Gliedstaat zufallen, sind von der Bevölkerungszahl abhängig. Auf eine Million Einwohner kommt eine Stimme, wobei ein Ueberschuß von mehr als einer halben Million vollgerechnet wird. Zwar sind die Mitglieder des Reichsrats an Weisungen nicht gebunden, aber seine Stimmen kann jeder Gliedstaat nur einheitlich abgeben. Da die Entscheidung praktisch jedesmal bei den Regierungen der Einzelstaaten liegt, so hat es keinen Zweck, ausdrücklich zu betonen, daß die Mitglieder nicht an Weisungen gebunden seien. Sie sind es tatsächlich. Grundsätzlich sieht der Entwurf die Zerschlagung Preußens vor, denn Artikel 19 bestimmt, daß kein Gliedstaat durch mehr als ein Drittel aller Stimmen vertreten sein darf. Da das alte Preußen über vierzig Millionen Einwohner besitzt, so kämen ihm über vierzig Stimmen zu, während die übrigen Bundesstaaten und Deutschösterreich nach seinem Anschluß nur noch über dreißig oder zweiunddreißig Stimmen verfügten. Die Drittelung vollzieht im Rahmen der Verfassung die Auflösung Preußens. Der zweite Abschnitt handelt von den Grundrechten des deutschen Volkes. Gemäß Art. 12 hat jeder Deutsche das Recht, seine Meinung frei zu äußern, soweit keine gesetzlichen Vorschriften entgegenstehen. Eine Zensur wird zwar ausdrücklich verworfen, aber ein neues Preßgesetz durch die Bestimmung gleichwohl angekündigt. Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit wird angeordnet; seine religiöse Ueberzeugung braucht niemand zu offenbaren. Die persönliche Freiheit und die Wohnung sind unverletzlich. Ebenso das Eigentum, wobei aber Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit gegen Entschädigung auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden können. Der Reichstag, der im dritten Abschnitt vorgestellt wird, versammelt sich jedes Jahr am ersten Mittwoch des November am Sitz der Reichsregierung. Wo diese Reichsregierung ihren Sitz hat, steht vorläufig noch nicht fest. Abschnitt IV handelt vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Dem Reichspräsidenten sind Vollmachten und Befugnisse übereignet, die ihn weit über den Rahmen eines nur dekorativen Staatsoberhauptes hinausheben. Es kommt ganz auf die Persönlichkeit an, ob er tatsächlich die Reichspolitik bestimmt und leitet, oder sie seinen ausführenden Organen überläßt. Bedenkenerregend ist die Bestimmung, daß zum Reichspräsidenten auch ein Nichtdeutscher gewählt werden kann, wenn er seit zehn Jahren die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt. Die Abschnitts V und VI regeln das Finanz- und Handelswesen, sowie das Verkehrswesen. In diesen Abschnitten zeigt sich am stärksten der Widerstand der Einzelstaaten, die sich zum Beispiel erhebliche Teile der Verkehrshoheit, sowie der indirekten Besteuerung vorbehalten haben, die im achten Abschnitt besonders erwähnt werden. Der Abschnitt VII, der die Rechtspflege umfaßt, bringt insofern Neues, als er in Artikel 114 die Errichtung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich anordnet. Vor diesem können der Reichspräsident, der Reichskanzler und die Reichsminister vom Reichstag angeklagt werden. Die alte Bezeichnung des Reichskanzlers für den Reichsministerpräsidenten ist also ausdrücklich übernommen worden.

Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 25. Februar. (Dr.) Die Polen beschossen gestern von Ruden aus unsere Postierungen bei Deutsch-Kruschin mit Maschinengewehr- und Gewehrfeuer. In Gegend von Groß-Neudorf und Minutzdorf Patrouillenkämpfe. In der Nacht versuchten in Gegend von Slesin und Josephinen mehrfach feindliche Patrouillen gegen unsere Linien vorzugehen. Sie wurden mit Gewehrfeuer abgewiesen.

Weitere Verschleppungen durch Polen.

Bromberg, 25. Februar. (Dr.) Der Fleischermeister Albert Timm aus Schöndorf bei Bromberg begab sich am 17. 2. mit seinem Fuhrwerk in Begleitung seiner Frau in die Gegend von Elsendorf, wo er geschäftlich zu tun hatte. Im Walde bei Elsendorf wurde er von einer polnischen Patrouille in Stärke von 7 Mann angehalten, ohne weiteres Mißhandelt und mit Erschießen bedroht. Seine Frau, die der polnischen Sprache mächtig ist, wurde auf ihre Bitten frei gelassen, der Mann dagegen, ein an Rheumatismus leidender 66 Jahre alter Mensch, wurde mit Wagen und Pferd mitgeschleppt. Ueber seinen Verbleib ist der Familie bisher nichts bekannt geworden.

Generalstreik in Halle a. S.

Halle a. S., 24. Februar. (Dr.) Die Eisenbahner des Eisenbahndirektionsbezirks Halle sowie die Metallarbeiter der Halleschen Maschinenfabriken haben den Generalstreik für Dienstag früh beschlossen.

Bürgerstreik in Zeitz?

Zeitz, 25 Februar. (Dr.) In Zeitz ruht die Arbeit infolge des Generalstreiks vollständig. Da das Elektrizitätswerk die Strombelieferung eingestellt hat, wird der Eisenbahnverkehr, der auf elektrisch betriebene Weichen angewiesen ist, nur mit großen Schwierigkeiten vorläufig noch aufrecht erhalten. Die Wasserversorgung der Stadt ist eingestellt. Die Zeitungen sind infolge des Streiks gleichfalls am Erscheinen verhindert. Die Bürgerschaft aus Stadt und Landkreis Zeitz wird ihrerseits den Generalstreik verkünden, um die Wiederaufnahme der Arbeit durch die ausständischen Arbeiter zu erzwingen.

Der Umsturz in Plauen.

Plauen i. V., 25. Februar. (Dr.) Nach einer Arbeitslosenversammlung besetzten gestern nachmittag bewaffnete Matrosen und Zivilisten nach Entwaffnung der militärischen Sicherheitswache das Rathaus, die Banken, die Post und andere öffentlichen Gebäude. Auch die Kasernen wurden nach Verhandlnngen an die Demonstranten übergeben. Die bürgerlichen Zeitungen sind vorläufig am Erscheinen verhindert.

Bergarbeiterausstand im Bezirk Aachen.

Aachen, 24. Februar. (Dr.) Auf den dem Eschweiler Bergwerkverein gehörigen Gruben Gonley, Laurweg, Voccar und Eschweiler Reserve sind die Arbeiter in Ausstand getreten. Sie haben 19 Forderungen aufgestellt, von denen die einschneidendste die Einführung des Achtstundentages ist. Dieser Forderung steht ein vor einigen Wochen zwischen den Vertretern der beiden Gewerkschaften und dem Vorstande des Eschweiler Bergwerkvereins getroffenen Abmachung gegenüber, daß der Achtstundentag erst am 1. April eingeführt werden soll. Die Forderung der Bergarbeiter nach dreimaliger Lohnzahlung im Monat ist vom Vorstande des Eschweiler Bergwerkvereins bereits in den Verhandlungen am Sonnabend zugestanden worden.

Wilsons Ankunft in Europa.

Boston, 24. Februar. (Dr.) Reuter. Präsident Wilson ist heute hier gelandet.

Aus den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 24 Februar. (Dr.) Nach einer Meldung der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa konnten die Verhandlungen über das Lebensmittel-, das Schiffahrts- und das Finanzabkommen in Spaa, deren Beginn von der Zentrale für heute angesetzt worden war, nicht anfangen, da die Alliierten in letzter Stunde mitteilten, daß ihre diesbezüglichen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen seien. An eine Aufnahme der Verhandlungen vor dem 4. März sei nicht zu denken.

Die Schreckensherrschaft der Bolschewisten auf Oesel.

Libau, 24 Februar. (Dr.) Wie die hiesige deutsche Gesandschaft mitteilt, ist die Insel Oesel durch estische Truppen zurückerobert worden. Leider haben die Bolschewisten den Reichsdeutschen Sekretär des auf Oesel amtierenden Beauftragten der deutschen Gesandschaft bei der estischen Regierung, Herrn Krupp mit Frau ermordet. Auch der unterwegs befindliche Kurier der deutschen Gesandtschaft sowie viele Esten und deutsche Balten wurden ermordet. (Mit solchen Mordbrennern wollen sich die Herren Spartakusse vereinen und die Welt erlösen!)

Die Lage im rheinischen Induftriegebiet

Mülheim, a. Ruhr, 24. Februar. (Dr.) Die hiesige Garnison, die aus der Sicherheitswehr entstanden ist, stellt sich jetzt auf den Standpunkt, überhaupt keinen Soldatenrat anzuerkennen. Sie hat sich der nun wieder bewaffneten Polizei angeschlossen und nimmt nur von ihr Befehle entgegen. In der vergangenen Nacht und im Laufe des heutigen Tages wurden sehr viele Verhaftungen im Zusammenhang mit den Spartakusunruhen vorgenommen.

Essen, 24. Februar. (Dr.) Der Verständigungskommission des Zentralrats des A.- und S.-Rats Essen gelang es, nach Verhandlungen mit dem Volksrat Düsseldorf, eine Einigung zu erzielen. Die Bedingungen des Waffenstillstandes wurden angenommen. Der Generalstreik wurde mit großer Mehrheit als abgebrochen erklärt.

Ueberrumpelung der Spartakisten in Sterkrade.

Sterkrade, 24. Februar. (Dr.) Nach einer Meldung der „Sterkrader Volkszeitung" gelang es heute morgen den Regierungstruppen, die hiesigen Spartakisten durch kühnen Handstreich zu überrumpeln. Dabei wurde ein Spartakus getötet, einer verwundet. Der Hauptführer Thiele wurde ebenfalls festgenommen und dabei von der Volksmenge übel zugerichtet. Zahlreiche Gewehre und Munition wurden erbeutet.

Vereitelter Spartakistenputsch in Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M., 23. Februar. (Dr.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Hanau: Durch Denunziation von Verhafteten hat man ermittelt, daß die Regierungstruppen im Bruchkoebeler Kreise überfallen werden sollten. Man wollte hierzu Spartakisten aus den umliegenden Orten und aus Frankfurt a. M. heranziehen. Schnellbacher, den man als den geistigen Urheber des Ueberfallsplanes bezeichnete, flüchtete, wurde aber in Doeringheim verhaftet. Durch Denunziation ermittelte man auch 4 Maschinengewehre, die für den Ueberfall verwendet werden sollten, in einem Keller. Es wurde überdies eine große Menge von Waffen und Munition durch Haussuchungen zu Tage gefördert, u. a. bei einer Frau 25 Patronen, die zu Dum-Dumgeschossen umgearbeitet worden waren. In einer Privatwohnung fand man eine Kiste mit Handgranaten. Auch von geplünderten Lebensmitteln sind größere Mengen wieder herangeschafft worden. Bisher sind 60 Verhaftungen, namentlich von plündernden Männern u. Frauen, vorgenommen worden.

Auch die mitteldeutschen Bergarbeiter wollen streiken.

Halle a. S., 24. Februar. (Dr.) In einer Versammlung der Bergleute des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus wurde gestern trotz Einspruchs der Vertreter des Zeitzer und Meuselwitzer Bezirks der allgemeine Ausstand beschlossen. Er soll heute schon beginnen.

Entwurf eines Notgesetzes für Elsaß-Lothringen.

Weimar, 24. Februar. (Dr.) Der deutschen Nationalversammlung ist ein Entwurf eines Notgesetzes für elsaß lothringische Angelegenheiten zugegangen. Nach diesem Entwurf wird die Reichsregierung ermächtigt, zur Abwehr von Nachteilen, die sich aus der Besetzung von Elsaß Lothringen ergeben, Verordnungen mit Gesetzes Kraft zu erlassen. Die Verordnungen bedürfen der Zustimmung des Staatenausschusses, sie sind der Nationalversammlung vorzulegen und auf ihr Verlangen außer Kraft zu setzen.

Die Wahl zur Landesversammlung in Oldenburg.

Oldenburg, 24. Februar. (Dr.) In Oldenburg, ohne Lübeck und Birkenfeld, wurden gestern zur Landesversammlung 12 Sozialdemokraten, 12 Deutschdemokraten, 10 Zentrum und 5 Volksparteiler gewählt.

Ergebnis der Gemeindewahlen in Hannover.

Hannover, 24. Februar. (Dr.) Nach den gestrigen Gemeindewahlen in der Stadt Hannover verteilen sich die Sitze auf die einzelnen Parteien wie folg: Mehrheitssozialisten 35, Unabhängige 2, Volkswirte und Gewerbetreibende 6, Angestellte 2, Demokraten 8, Deutsch-Hannoversche Partei und Zentrum 20, Gastwirte 1, Wahlvorschlag Tramm (früherer Stadtdirektor), Bürgerbund 9. Das Wahlergebnis aus Linden liegt noch nicht vor, doch dürfte, so weit bis jetzt bekannt, die sozialdemokratische Partei die Mehrheit errungen haben.

Das Reichswehrgesetz.

Das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr ist als Initiativantrag: Löbe,

Gröber, Payer und Rießer der Nationalversammlung zugegangen. Es lautet folgendermaßen:

§ 1. Der Reichspräsident wird ermächtigt, das bestehende Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die Reichsgrenzen schützt, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht erhält.

§ 2. Die Reichswehr soll auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligenverbände und durch Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden. Bereits bestehende Volkswehren und ähnliche Verbände können ihr angegliedert werden. Offiziere und Unteroffiziere aller Art und Beamtenpersonal des bestehenden Heeres sowie dessen Einrichtungen und Behörden können in diese Reichswehr übernommen werden.

§ 3. Die Angehörigen der Reichswehr gelten für die Dauer ihrer Zugehörigkeit als Heeresangehörige im Sinne der reichsgesetzlichen Vorschrift.

§ 4 regelt die Anwendung des Gesetzes auf Bayern und Württemberg.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit 31. März 1920 außer Kraft.

Dieser Gesetzentwurf trägt die Unterschrift von rund 350 Abgeordneten. Nur die Unabhängigen und die Deutschnationalen haben nicht mit unterzeichnet. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Aufstellung des Friedensheeres von den Friedensbedingungen und der zukünftigen Reichsverfassung abhängt, daher gegenwärtig nicht in Angriff genommen werden könnte. Die Einziehung Wehrpflichtiger sei infolge technischer Schwierigkeiten zurzeit nicht zuverlässig durchführbar. Daher müsse für die Uebergangszeit auf die Freiwilligkeit zurückgegriffen werden, bis zur endgültigen Entscheidung über die Gestaltung der Wehrmacht des Deutschen Reiches. Die Gliederung der Reichswehr ist so gedacht, daß jeder Korpsbezirk eine Reichswehrbrigade aufstellt, die nach der engeren Heimat, z. B. Reichs-Brigade Pommern, genannt wird. Der innere Ausbau der Reichswehr wird den volkstümlichen Forderungen der Gegenwart Rechnung tragen. Gleichzeitig muß die Reichswehr die Kriegserfahrungen der alten Armee ausnützen und durch feste Manneszucht und innere Geschlossenheit ein jederzeit verwendungsbereites Werkzeug in der Hand der Reichsregierung bilden.

Die Wahlen in Deutschösterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben: Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung haben den Sozialdemokraten einen großen Sieg, aber nicht die absolute Mehrheit gebracht. In Wien allerdings, wo sie von 48 Mandaten nicht weniger als 32 eroberten, ist ihr Sieg überwältigend und läßt ihren baldigen Einzug ins Wiener Rathaus, ihre Herrschaft über die Verwaltung der Hauptstadt erwarten, die fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung der nichtbesetzten Reichsteile in ihren Mauern einschließt. Die Christlichsozialen haben infolge des Wahlausgangs aufgehört, eine entscheidende Städterpartei zu sein und sind heute in bemerkenswertem Grade eine Bauernpartei geworden. Neben diesen beiden Hauptgruppen, auf die ungefähr je 70 Mandate entfielen, haben die Deutschfreiheitlichen etwa 20 Sitze erobert, freilich aber in Wien, wo nur 3 gewählt wurden, besonders schlecht abgeschnitten. Immerhin steht es fest, daß die Sozialdemokratie nicht wird allein regieren können. Sie dürfte darüber nicht allzu böse sein, und ihr Führer, der Staatskanzler Renner, hat sich beeilt, ankündigen zu lassen, daß es wieder eine Koalitionsregierung geben werde. Als alleinige Regierungspartei hätte sie den Wählern kaum lange verhehlen können, daß auch sie nicht im Handumdrehen Brot und Arbeit und — trotz Internationale und Berner Konferenz — den sofortigen Frieden bringen kann. Und es waren vor allem ausschweifende Hoffnungen dieser Art, die insbesondere in den vom Hunger gequälten unter der Arbeitslosigkeit stöhnende Städten der Sozialdemokratie die Stimmen von Hunderttausenden von Mitläufern eingetragen hat.

Für die Ausschlußfrage bedeutet der Wahlausgang die endgiltige Entschließung. Wenn es die Entente auf die Volksmeinung ankommen lassen will — die riesige Mehrheit für den Anschluß steht bereit. Und sie wäre noch größer, wenn die von den Tschechen und Südslawen vergewaltigten Landesteile hätten mitwählen dürfen. So werden sie durch die vom Staatsrate nach Maßgabe der Parteienstärke ernannten Abgeordneten vertreten sein.

Italien als Erpresser.

Wien, 24. Februar. (Dr.) Den Abendblättern zufolge wird morgen, nachdem Italien bereits einen von seinen vier Lebensmittelzügen eingestellt und noch weitere Gegenmaßnahmen angedroht hat, mit der Ablieferung der von Italien verlangten Lokomotiven begonnen worden. Selbstverständlich unter voller Wahrung des von Deutsch-Oesterreich vertretenen Rechtsstandpunktes.

Schwere innere Unruhen in Italien?

Laibach, 24. Februar. (Dr.) Den Blättern zufolge haben die italienischen Behörden in den besetzten südslawischen Gebieten am Sonnabend nachmittag die ganze Demarkationslinie vom **Brenner** bis **Reka** hermetisch abgesperrt. Die Blätter meinen, daß die Absperrung auf schwere innere Unruhen in Italien zurückzuführen sei.

Clemenceaus Zustand.

Paris, 24. Februar. (Dr.) Havas. Gestern abend 6 Uhr wurde folgender Bericht über Clemencau ausgegeben: Der Tag war sehr ruhig. Temperatur 37,2, Puls 68. Künftig wird nur noch täglich ein Bericht ausgegeben.

Was sich General Dupont erzählen ließ.

Auf seiner Durchreise von Berlin nach Warschau stattete General **Dupont**, Mitglied der Berliner französischen Kommission, der polnischen Familie **Narzynski** zu Jablonowo bei Goßlershausen in Westpreußen einen Besuch ab. Die Familie Narzynski ist Besitzerin des Fürstlich Opinski'schen Jablonower Schlosses. In seiner Begleitung befand sich sein Adjutant, Leutnant Husson. Wie ein Thorner polnisches Blatt schreibt, war Zweck des Besuches die Einholung von Auskünften über die örtlichen Verhältnisse. Besonderes Interesse bezeigten die Gäste für die Tätigkeit des Grenzschutzes in Westpreußen. General Dupont hätte Gelegenheit gehabt, persönlich die „Folgen des kriegerischen deutschen Geistes“ am Schloß in Augenschein zu nehmen, die nicht nur aus jüngster Zeit sondern auch aus den Mobilmachungstagen 1914 herrührten. Schloß und Kirche wurden als „Museum deutscher Kultur“ bezeichnet. Die Beschädigungen sowie die Mitteilungen von militärischen Gewalttaten gegenüber der Bevölkerung hätten auf die Gäste einen tiefen Eindruck gemacht. — Daß dem französischen General die schönsten Märchen über deutsche Greueltaten erzählt wurden, kann man sich ja denken; denn die Märchenerzähler dürfen in solchen Fällen bei unseren Feinden auf kindlichen Glauben rechnen.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetrieb-Verwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, den 24. Februar. Tagesordnung: Reichswehrgesetz der Mehrheitssozialisten Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, ferner das Verfassungsgesetz.

Präsident **Fehrenbach** schlägt dem Hause die Einstellung der beiden Gegenstände vor. Der Unabhängige **Haase** widerspricht der Beratung der Verfassung, da der Entwurf erst Sonntag verteilt wurde und ihm die schriftliche Begründung fehle. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen entscheidet die Mehrheit, heute die Begründung der Verfassung durch den Innenminister Preuß entgegenzunehmen. Der Reichswehrantrag muß auf Widerspruch der Unabhängigen und eines Teiles der Deutschnationalen wegen zu später Einbringung von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Innenminister **Preuß**: Als ich Ihnen die vorläufige Verfassung vorlegte, war ich keineswegs sicher, ihnen schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit den endgültigen Verfassungsentwurf als einstimmigen Beschluß der Reichsregierung vorlegen zu können. Der Entscheidungskampf um die Verfassung beginnt erst jetzt. Die Reichsregierung und die Gliedstaaten kamen in allen Hauptsachen zur Verständigung, wobei nur drei Punkte strittig blieben, wovon auch nur einer grundsätzliche Bedeutung hat. Das war nicht anders möglich, als daß jeder einen oder mehrere Pflöcke zurücksteckte. Die Nationalversammlung hat endgültig zu entscheiden. Ich verkenne freilich nicht: Der organisatorische Grundgedanke konnte nicht restlos durchgeführt werden. Aber die republikanische Staatsform ist durch die Führung der Demokratie restlos und gradlinig in dem Entwurf enthalten. Ausnahmerechte von Einzelstaaten, sogenannte Reservatrechte, die der Entwurf enthält, sind ausnahmslos Erbschaften aus der früheren Verfassung des Kaiserreichs. Das deutsche Volk sieht sich erstmalig in der Geschichte vor der Aufgabe, den Grundsatz zu verwirklichen: Die Staatsgewalt liegt beim Volke. Der Ausgangspunkt der neuen Verfassung ist die Selbst-Regierung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Schon daraus ergibt sich die Unmöglichkeit, dem neuen Staatswesen den Namen „Vereinigte Staaten von Deutschland“ zu geben, was im Grunde genommen ein partikularischer Rückschritt wäre. Das Wort „Reich“ ist beibehalten, weil nach den Traditionen von Jahrhunderten die ganze Sehnsucht des zersplitterten deutschen Volkes nach nationaler Einigung am Namen „Reich“ hängt. Wir würden ein tief wurzelndes Gefühl grundlos und zwecklos verletzen, wenn wir vom Worte Reich absähen. Trotz diesen Namens ist das neue Reich Freistaat, Republik. Wenn die Verfassung als neue Reichsfarben schwarz-rot-gold vorschlägt, so begreife ich, daß es vielen eine schwere, schmerzliche Entschließung ist, die Farben, die Jahrzehnte lang ruhmreich wehten, verschwinden zu sehen. Aber es sind gewaltige Veränderungen, die die vergangenen Jahrzehnte als abgeschlossene Periode erscheinen lassen. Einen geeinigten freien nationalen Staat wollen wir organisieren aber nicht einen nationalistisch abgeschlossenen. Die junge deutsche Republik bekennt sich zu Völkerrecht und Völkerbund. Aber unerläßliche Voraussetzung ist dabei: Die deutsche Demokratie kann nur einen Völkerbund begrüßen, der die Freiheit und Gleichberechtigung **aller** seiner Glieder vorbehaltlos anerkennt. Das müssen die älteren Demokraten endlich begreifen, wenn sie nicht den demokratischen Fortschritt der Menschheit freventlich verhindern wollen. Die Homogonität zwischen Reich und Gliedstaaten ist durch die neue Verfassung in gewissem Grade garantiert durch Normativbestimmungen für die Verfassungen der Einzelstaaten. Im wesentlichen liegt die Garantie für die republikanische Verfassung im demokratischen Wahlrecht und einer Regierung, die der Volksvertretung verantwortlich ist. Es besteht vielfach die Hoffnung, daß eine solche Homogonität der Verfassungen die Stärkung und Förderung der Reichseinheit zur Folge haben werde. Bei der Kompetenzabgrenzung zwischen Reich und Gliedstaaten wurde ein erfreulicher Fortschritt gegen den bisherigen Zustand erzielt: die auswärtigen Beziehungen sind nunmehr ausschließlich Reichssache. Es soll mit Dank anerkannt werden, daß die Gliedstaaten auf das aktive und passive Gesandtschaftsrecht verzichten. Nur sehr schwer entschloß sich die Reichsregierung, auf Streichung des Absatzes zu verzichten, daß die einzelstaatlichen Kriegsministerien bestehen bleiben. Im Interesse der Vereinheitlichung des Militärwesens ist es dringend erwünscht, daß es der Nationalversammlung gelingen möge, hier über den Entwurf hinaus ein Stück vorwärts zu gehen.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 25. Februar 1919.

— **Freiwillige zum Minensuchen in der Nordsee.** Nachdem die Entente sich nunmehr mit der Verwendung von mehr als 200 unserer Fahrzeuge zur Beseitigung der Minen in der Nordsee einverstanden erklärt hat, erläßt das Reichsmarineamt Aufrufe zum Eintritt als Freiwillige. Bei freier Unterkunft und Verpflegung werden neben der Löhnung des Dienstgrades etwa 6000 Mk. Zulagen jährlich gewährt. Das Leben der Verheirateten wird mit 15 000 Mk, und das der unverheirateten mit 7500 Mk. versichert. Die Dauer der Arbeit wird auf 1½ Jahre geschätzt. Eine 14tägige Kündigungsfrist ist vorgesehen. Alle 6 Monate gibt es 14 Tage Urlaub. Schriftliche Meldungen sind zu richten an den Befehlshaber zur Sicherung der Nordsee in Wilhelmshaven. Ehemalige Minensuch-, Torpedoboots- und U-Bootleute, sowie Motorenschlosser, Elektriker, Maschinenbauer und ausgebildete Motorenheizer werden bevorzugt.

— **Deutscher Offizierbund.** Aus dem D. O. B. heraus ist in den letzten Tagen die „Heimstätten- und Siedlungsgenossenschaft des D. O. B. e. G. m. b. H. in Berlin“ gegründet. Die Mitgliedschaft ist schon mit einem eingezahlten Geschäftsanteil von 100 Mk. zu erwerben, jedoch muß jeder Genosse, der sich zum Erwerb einer Heimstätte oder Siedlung entschließt, mindestens 10 Geschäftsanteile erwerben. Die Höchstzahl der von einem Genossen zu erwerbenden Anteile beträgt 200. Die eingezahlten Geschäftsanteile werden zum Ankauf oder zur Pachtung von Ländereien und zur Schaffung von Heimstätten und Siedlungen verwendet. Satzungen, Fragebogen und erläuternde Druckschriften werden gegen Einsendung von 50 Pf. in Marken vom D. O. B. Berlin W. 9 Potsdamerstraße 21, I versandt.

— **Der Vorstand der Ortsgruppe Thorn des Verbandes der Büroangestellten Deutschlands** hielt am 21. d. Mts. im Vereinslokal (Nicolau'sches Gasthaus) Mauerstraße eine Versammlung ab, in welcher Gehalts- und Anstellungsbedingungen sowie Erwerbslosenfürsorge Gegenstand der Versammlung bildeten. Nachdem der Vorstandsvorsitzende, Herr **Densow**, auf die Ziele und das Bestreben des Verbandes hinwies, wurde von den Vorstandsmitgliedern beschlossen, mit Kraft und Fleiß den Bau der Organisation der Büroangestellten za fördern. Um auch den Büroangestellten, welche einer Organisation noch nicht angeschlossen sind, diese Vorteile zu bieten, kann der Beitritt zum Verband der Büroangestellten Deutschlands, der die Anmeldungen durch Herrn **Schacht** Mellienstraße 135a, oder durch Herrn **Zanger**, Mellienstr. 113, II, entgegennimmt, nur empfohlen werden.

— **Zur morgigen Stadtverordnetensitzung** ist noch folgende dringliche Anfrage des Stadtverordneten Justizrats **Schlee** eingegangen: In der nächsten Sitzung am 26. beabsichtige ich, den Magistrat anzufragen, ob er die Zahlung der Entschädigungen an die in der Stadtverwaltung tätigen Mitglieder des A.- und S.-Rates weiter zu leisten gedenkt und wie lange, ohne die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen.

— **Verein der Liberalen in Thorn.** Wie aus dem Anzeigeteil ersichtlich, hat der Vorstand die Auflösung des Vereins beschlossen und ladet die Mitglieder zur endgültigen Beschlußfassung zu einer am Donnerstag, dem 27. Februar, abends 8 Uhr im Büro der Deutschen demokratischen Partei, Coppernikusstraße 14, 2, stattfindenden Versammlung ein.

— **Der Voigtsche Leseverein** hatte gestern unter Leitung seines Geschäftsführers, Herrn Pfarrer **Jacobi**, seine diesjährige Mitgliederversammlung. Es wurde beschlossen, 40 Werke aus der neuesten Literatur zum Umlauf unter den Mitgliedern anzuschaffen. Wegen der großen Steigerung der Bücherpreise mußten die Mitgliederbeiträge vom 1. April 1919 ab auf 12, 12, 8 Mark jährlich erhöht werden. Der bisherige Vorstand, bestehend aus Fräulein A. Kühnast, Herrn Pfarrer Jacobi, Justizrat Dr. Stein, Amtsgerichtsrat von Valtier, wurde wiedergewählt. Bibliothekarin ist Frl. Kallinowsky und der Ort der Bücherei Kerstenstr. 26 ³.

— **Vor der Industrie-katastrophe.** Unsere Industrie „steht vor dem völligen Zusammenbruch! Jeder einzelne sollte sich dieser Erkenntnis ständig bewußt sein und durch erhöhten Arbeitswillen und Leistung an seinem Platz dazu beitragen, die drohende Gefahr mit ihren unübersehbaren Folgen abzuwenden. Einige Beispiele mögen unsere katastrophale Lage veranschaulichen: Die **Ziegeleiindustrie** hat einen großen Teil ihrer Betriebe schließen müssen. Der langen Herstellungsprozesse wegen werden für das Jahr 1920 so gut wie gar keine Mauersteine zur Verfügung stehen. Die **Papier-, Metall-, chemisch-pharmazeutische-, Holzindustrie** u. a. m. sind durch die mangelnde Kohlenablieferung fast gänzlich lahmgelegt. Große Arbeiterentlassungen waren die Folge. Die **Eisenindustrie**, Werften und Maschinenfabriken stehen wegen Materialmangels vor dem Stillstand, die Knappheit an Brotgetreide ermöglicht der Mühlenindustrie nur noch eine etwa 6 monatige Beschäftigung. Die Kleinindustrie, Spielwarenfabriken, Korbwarenindustrie, Bekleidungsindustrie sind mit am schwersten betroffen. Die Verkehrsnot, die eine Reihe von Industriezweigen dazu zwingt, ihre Fabrikate aufzustapeln und die Lagerräume zu überfüllen, verschlimmert die Lage außerordentlich. Der Versand von Fertigerzeugnissen hat fast ganz eingestellt werden müssen. Die Arbeitsmöglichkeit der Betriebe ist ferner durch die hohen Löhne besonders in Frage gestellt. Eine Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ware gegenüber der ausländischen ist bei den jetzigen Löhnen ausgeschlossen. Die Amerikaner fuhren jetzt schon Penumatiks und sonstige Gummiwaren im besetzten Gebiet zu geringeren Preisen ein, als sie die deutschen Fabriken unter den gegenwärtigen Verhältnissen liefern können.

— **Die ostdeutschen Zeitungen** sind in einer sehr schwierigen Lage, da die Papierfabriken in Pommern und Ostpreußen infolge Kohlenmangels schon seit Wochen stilliegen. Die Zeitungen müssen daher Papier aus dem Süden und Westen des Reiches erhalten. Die Zuführung ist trotz Eilfrachtsendungen aber derart trostlos, wie noch nie im Kriege. Viele Zeitungen müssen daher tagelang in kleinem Format erscheinen, manche können garnicht zur Ausgabe kommen.

Pensau. **Sozialdemokratische Versammlung.** Der sozialdemokratische Verein Thorn hatte zu Sonntag Nachmittag nach dem Saale des Herrn **Wicknig** in Pensau eine „große öffentliche Versammlung“ für die Orte Schmolln, Breitenthal, Neubruch, Guttau und Klein Bösendorf einberufen. Der sozialdemokratische Hauptredner, Herr **Sokolowski**, aus Thorn, sah nur einen kleinen Zuhörerkreis vor sich. Darunter befand sich ein guter Teil von Gegnern seiner Partei, die durch den Verlauf der Versammlung nur noch in der Ueberzeugung bestärkt wurden, daß die Verwirklichung der von ihm verkündeten Heilslehre dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit und der Landwirtschaft im Besondern zum größten Unheil gereichen müßte. Darauf wiesen die aus Thorn gekommenen Herren, Bahnmeister **Krüger** und Hauptschriftleiter **Schmid** von der „Thorner Zeitung“ als Vertreter der deutsch-demokratischen Grundsätze nachdrücklich hin. Daß Herr Schmid die drohende Gefahr des Bolschewismus ins rechte Licht setzte, das Treiben des jetzt in Berlin verhafteten russischen Verschwörers Radek schilderte und die Vergewaltigung der arbeitswilligen Bergleute im Ruhrkohlengebiet geißelte, wollte Herrn Sokolowski gar nicht gefallen. Nach seiner Darstellung hätte man meinen können, die Bolschewisten seien die harmlosesten Leute von der Welt. Im übrigen würden sie zweifellos vor der deutschen Grenze Halt machen. Woher Herr Sokolowski diese Ueberzeugung schöpft, ist unerfindlich. Die Tatsache, daß russische Sendlinge in Deutschland mit Hilfe reichlicher Geldmittel für ihre Zwecke arbeiten, suchte Herr Sokolowski ins Lächerliche zu ziehen, ohne sie natürlich widerlegen zu können. Auch Radeks Tätigkeit fand in ihm einen Verteidiger, ebenso wie das Vorgehen der Spartakisten. Ihnen und den Unabhängigen scheint Herr Sokolowski, nach seinen Ausführungen zu schließen, politisch weit näher zu stehen, als den Mehrheitssozialisten, obwohl er behauptete, nicht zu den Unabhängigen zu gehören. Am Bezeichnendsten für die von ihm vertretene Richtung war der Umstand, daß er **eine zweite Revolution** in Aussicht stellte, da nach seiner Meinung die Früchte der ersten Revolution nicht in der Weise reiften, wie er und seine Gesinnungsgenossen es erwartet haben. Es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokratie

mit solchen Gedankengängen auf dem Lande großen Anhang gewinnen wird. — Im Verlaufe seiner Ausführungen kam Herr Sokolowski u. a. auch auf den Kreisarbeitsnachweis zu sprechen. Dazu werden wir von zuständiger Seite gebeten, das Folgende mitzuteilen: 1. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß aus dem Kreisarbeitsnachweis, Mauerstraße 62, Arbeitswillige mit Polizeigewalt herausgeworfen worden sind. 2. Die vier in Frage kommenden Leute, nicht Reichsangehörige, Deutsch-Russen, hatten ohne Grund auf dem Gute Biskupitz die Arbeit eingestellt und erschienen am Donnerstag, d. 20. d. Mts. vor dem im Raume des Kreisarbeitsnachweises die Ausländer-Angelegenheiten bearbeitenden Beamten. Da sie durch ihr anmaßendes und lärmendes Verhalten jede Verhandlung unmöglich machten, so wurden sie zuletzt in Gegenwart eines Aufsehers des Landespolizeigewahrsams in aller Ruhe in ihre Schranken zurückgewiesen. Von einem „Herauswerfen" oder gar „Herausschmeißen" ist auch hier nicht die Rede gewesen.

Schwetz. Zu einer Schießerei der leider zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, kam es Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft und des Gouvernements Graudenz sollte hierselbst ein gewisser Skolaschinski gegebenenfalls mit militärischer Hilfe verhaftet werden. Man hatte vor einiger Zeit bei S. eine Menge Fett- und Räucherwaren beschlagnahmt, die wohl nicht rechtmäßig erworben waren. Die Patrouille traf S. nicht an. Sein Bruder jedoch und dessen Anhänger verfolgten das Militär. Auf dem Rückwege schloß sich diesen ein großer Haufen Menschen an. Als der Zug um die Ecke der Friedrich- und Hindenburgstraße angekommen war, fiel angeblich aus einem der in der Nähe liegenden Häuser ein Schuß. Die Soldaten glaubten sich angegriffen und gaben ihrerseits Schüsse in die Luft ab. Unglücklicherweise wurde durch ein abgepralltes Geschoß ein Kind und durch einen zu tief gegangenen Schuß ein Mann getötet.

Tilsit. Zeitgemäß. Der hiesigen Zellstoffabrik ist es nicht mehr möglich, die gesamte Arbeiterschaft voll zu beschäftigen. Sie schlug den Arbeitern daher vor, die achtstündige Arbeitszeit auf eine solche von sieben oder, um den Arbeitern entgegenzukommen, sogar vorläufig sechs Stunden herabzusetzen. Der Tagesverdienst des einzelnen Arbeiters hätte sich damit von 10 auf 8,75 bezw. 7,50 erniedrigt. Die Arbeiterschaft versagte dieser Regelung die Zustimmung und es kam folgender Ausgleich zustande: Abwechselnd werden alle vierzehn Tage 400 Arbeiter entlassen und 14 Tagen wieder eingestellt. Die Arbeiter wollen lieber 14 Tage nichts verdienen und statt dessen die Erwerbslosenunterstützung beziehen, als bei ständiger Arbeit täglich ein Weniger von 1.25 Mk. verdienen. Zugleich demonstriert aber die Arbeiterschaft jetzt für eine bedeutende Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung.

Thorner Strafkammer.

Thorn, den 22. Februar.

Wegen schweren Diebstahls war der Arbeiter Eduard Marmull, ohne festen Wohnsitz, zur Zeit im Zentralgefängnis in Stuhm, angeklagt, während die Witwe Anastasia Richter aus Culm der Hehlerei beschuldigt wurde. Marmull ist bereits 16 Mal vorbestraft. Am 5 Januar 1917 war er in Briesen. In der Nacht begab er sich nach der Gastwirtschaft der Frau Emma Wadowski, drückte eine Fensterscheibe des Saales ein, stieg in den Saal und gelangte von dort in den Laden. Hier entwendete er 2000 Zigaretten, eine Kiste Zigarren und vier Liter Schnaps. Mit seiner Diebesbeute begab sich Marmull nach Culm und verkaufte in der Herberge „Fremdenverkehr" drei Flaschen Schnaps und die meisten Zigaretten und Zigarren an die Wirtin, Frau Richter, für 50 Mark. Marmull behauptete, die Tat im Dämmerzustande ausgeführt zu haben. Er wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Frau Richter wurde von der Anklage der Hehlerei freigesprochen.

Wegen Diebstahls hatte sich ebenfalls der Arbeiter Joseph Potora aus Mgowo, Kreis Briesen, z. Zt. im Untersuchungsgefängnis zu Briesen, zu verantworten. In der Nacht zum 19. November v. Js. wurden dem Einwohner Stephan Szymanski in Mgowo vom Boden drei wollene und zwei leinene Hemden, zwei Paar Unterhosen, ein wollenes und ein leinenes Laken, zwei Handtücher und ein Zentner Mehl gestohlen. Als Dieb ermittelte man nach mehreren Wochen den Angeklagten, der die Tat auch heute einräumte, doch will er nur einen Teil der genannten Sachen, sowie nur 40 Pfd. Mehl entwendet haben. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis, wovon 6 Wochen durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

In öffentlicher Sitzung der Thorner Stadtverordnetenversammlung vom 19. Februar 1919 wünscht, nach dem Presseberícht der „Thorner Presse", Herr Stadtverordneter Kittler, daß die Ausführung des Baues der Kriegerheimstätten durch eine Komission beaufsichtigt werde, da die bereits gebauten vier Häuser nicht als vorbildlich gelten können. Dem Sinne seiner Worte nach bemängelt der Stadtverordnete Kittler also die geleisteten Arbeiten an den erbauten vier Kriegerheimstätten. Vom Unterzeichneten sind vertragsgemäß die Erd-, Maurer-, Zimmer- und Staketarbeiten ausgeführt. Da bisher nur diese Arbeiten geleistet sind, wird also öffentlich Kritik geübt an der Beschaffenheit dieser Arbeiten. Diesen Vorwurf des Stadtverordneten Kittler kann ich für meine Bauausführung nicht hinnehmen und muß ihn als ungehörig zurückweisen. Die Ausführung entspricht genauer Anweisung des Stadtbauamts nach Projektzeichnungen des Stadtbauamts. Ich bin erstaunt, auf diesem Wege eine Bemängelung der Ausführung — nicht durch das Stadtbauamt oder einen Sachverständigen — sondern durch den Mund eines Laien zu hören, der gleich eine ganze Kommission zur Beaufsichtigung der weiteren Bauausführungen einzusetzen wünscht, zu diesem Antrag auch noch fast die Hälfte der Stadtverordnetenversammlung hinter sich sieht. Dieser Vorgang nötigt mich, den Stadtverordneten Kittler und seinen Anhang darauf aufmerksam zu machen, daß auch eine vielköpfige Kommission die vertragsmäßige, solide Ausführung eines Bauwerks nicht verbessern kann. Technisches Können und Wissen müssen bereits in die Projektbearbeitung hineingelegt werden. Die ersprießliche Tätigkeit der Kommission hätte sich also sachlich auf die Vorarbeiten durch Unterstützung bei der Projektbearbeitung zu beschränken. Hier in sachverständiger Arbeit kann sich der Betätigungsdrang erfolgreich ausleben, nicht mit Worten, denn:

Das ist klarste Kritik von der Welt,
Wenn neben das, was ihm mißfällt,
Einer was Eigenes, Besseres stellt.

Erich Jerusalem, Architekt.

Das Eingesandt des Herren Jerusalem betreffend meine Ausführungen in der Stadtverordnetenversammlung vom 19. 2. 19 hätte sich erübrigt, wenn Herr Jerusalem sich beim Bauamt oder bei einem Ohrenzeugen über den Verlauf und Inhalt der Debatte erkundigt hätte.

Weder ich noch einer der anderen Herren haben die Bauausführung bei den vier Kriegerheimstätten-Häuschen erwähnt oder gar getadelt. Meine Worte bezogen sich allein auf die Baupläne, bei deren weiteren Ausgestaltung ich gern eine Kommission von sachverständigen Herren beteiligt hätte, welche die Pläne gemeinschaftlich mit dem Vorstand der Siedlungsgesellschaft durchberaten sollten, ob Fehler vorhanden oder abzustellen seien. Als solche Mängel wurden bezeichnet: „Die Höhe der Keller über dem Erdboden, zu enger Eingang, zu dunkle Küche, Form der Fenster," es wurde ferner gewünscht, daß bei einzelnen Häusern eine andere Einteilung der Zimmer vorgenommen werden sollte, z. B. Fortfall der Wohnküche, dafür größere Wohnstube. Alles Fragen, welche noch unbedingt bei den neu zu erbauenden 40 Wohnhäusern berücksichtigt werden müssen, wie das Herr Jerusalem in seinem Schlußsatz auch als wünschenswert bezeichnet. Eine Kritik der handwerklichen Ausführung ist nicht gemacht worden, daher fallen die weiteren Ausführungen in sich zusammen.

Eduard Kittler.

Neueste Nachrichten.

Zur Lage in München.

München, 24. Februar. (Dr.) Die Stadt bietet im allgemeinen ein ruhiges Bild. Die Arbeit wurde heute früh wieder aufgenommen. Die Straßenbahn verkehrt wieder, der Belagerungszustand besteht noch fort.

Ruhe in Cottbus.

Cottbus, 24. Februar. (Dr.) Die Regierungstruppen haben, nachdem sie auf Widerstand nicht gestoßen waren und ihre militärischen Aufgaben durchgeführt haben, heute die Stadt wieder verlassen.

Der Emir von Afghanistan ermordet.

London, 24. Februar. (Dr.) Aus Kabel ist die Nachricht vom Tode des Emirs von Afghanistan eingetroffen. Allem Anschein nach ist der Emir am 20. 2. im Lager von Laghman überfallen und erschossen worden. Nach den bisherigen Berichten wurde niemand verhaftet. Der Grund des Mordes ist bisher noch unbekannt.

Petroleummarkenausgabe.

Für Monat März 1919 erhalten Haushalte ohne Gas oder elektrische Beleuchtung 1 Liter Petroleum.

Für möbliert wohnende Personen ohne Gas oder elektrische Beleuchtung ist Petroleum nicht verfügbar. Diese Personen erhalten zwei Lichte, die im Verteilungsamt I, Zimmer 8, Culmerstr. 16 unter Vorlegung des grünen Lichtausweises abgefordert werden können.

Zum Empfang der Petroleummarken ist der grüne Petroleumbezugsausweis vorzulegen, in dem die Abholung der Marken vom Verteilungsamt vermerkt wird.

Die Ausgabe der Petroleummarken an Haushalte für Monat März findet von Mittwoch, den 26 Februar bis Freitag, den 28. Februar 1919 von vormittags 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags in folgenden Ausgabestellen statt:

1) Verteilungsamt I, Culmerstraße 16, Zimmer 7,
2) Verteilungsamt II, Brückenstraße 13,
3) Rüper, Graudenzerstraße 85 (Eingang zum Saal von der Bergstraße aus),
4) Polizeistation Thorn-Mocker, Lindenstraße 24,
5) Gasthaus Drenikow, Leibitscherstraße 54,
6) Ackermann, Mellienstraße 3, Eingang Glacisstraße (Roter Weg.)

Thorn, den 24. Februar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Bekanntmachung.

In der Nacht zum 19. 2. 1919 sind dem Besitzer **Johann Ziesmann** in Hohenhausen aus seinem Stalle

2 Pferde sowie 2 Arbeitssielen mit Zäumen u. 3 Kreuzbeinen,

von denen 1 aus Leder und 2 aus Hanf waren, mittelst Einbruchs gestohlen worden.

Es handelt sich um eine dunkelbraune Stute ohne Abzeichen, 170—175 cm groß, 9 Jahre alt und tragend, und um einen hellbraunen Wallach mit Stern und kurzgeschorener Mähne, 165—170 cm groß, hinten rechts am Sprunggelenk einen Schlag an der Außenseite, der noch nicht verheilt ist, 9 Jahre alt, Brandnummer 261 an der linken Lende.

Beide Pferde sind frisch beschlagen, an jedem Huf befinden sich 4 H Stollen.

Nach Mitteilung der Gendarmerie-Station Roßgarten hat der Bestohlene auf Wiedererlangung der Pferde eine

Belohnung von 500 Mk.

ausgesetzt.

Ermittelungen nach den Dieben und den Pferden sowie Nachricht erbeten zu J 242/19.

Thorn, den 22. 2. 1919.

Der Erste Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Die Erkrankungen an Pocken haben in Preußen neuerdings, bedingt durch die schnelle Durchführung der Demobilmachung, wieder merklich zugenommen. Die Verhütung ihrer Weiterverbreitung ist daher dringend notwendig.

Unter Bezugnahme auf die Anweisung des Bundesrats zur Bekämpfung der Pocken vom 28. Jan. 1904 und die dazu erlassenen preußischen Ausführungsvorschriften vom 12. September 1904 weisen wir daraufhin, daß **Erkrankungen an Pocken** und zu Zeiten gehäuften Auftretens auch **Windpocken** als pockenverdächtige Erkrankungen gelten und daher unverzüglich der Polizeibehörde anzuzeigen sind. Unterlassungen werden strafrechtlich geahndet werden.

Thorn, den 22 Februar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Ausgabe von Kognak.

Nachdem der uns überwiesene Kognak zum weitaus größten Teile ausgegeben ist, kann nur noch eine geringe Anzahl von Personen berücksichtigt werden, die neben dem Brotkartenausweis eine besonders für diesen Zweck ausgestellte ärztliche Bescheinigung vorzeigt.

Thorn, den 25. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei Gastwirt **Kwiatkowski**, Jakobstraße, ist unter den Pferden die Räude ausgebrochen.

Thorn, den 22. Februar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Freitag, den 28. d. Mts., nachm. 4.30 Uhr:

Sitzung des Vollzugsausschusses des Beamtenrates

und um 5 Uhr

Sitzung des Beamtenrates

im hiesigen Stadtverordnetensitzungssaal (Magistrat). **Der Vorsitzende.**

Bekanntmachung.

Die nächste

Zahlung der Familienunterstützung

findet im Stadtverordnetensaal von 9 bis 1 Uhr vormittags statt und zwar:

Freitag, den 28. Februar für die Buchstaben A bis K.
Sonnabend, den 1. März für die Buchstaben L bis R.
Montag, den 3. März für die Buchstaben S bis Z.

Thorn, den 25. Februar 1919.

Die Unterstützungskommission. Der Soldatenrat.

In Gemüsebau- und Baumpflege erfahrenen

Gärtner

sucht für Leibitsch

Leibitscher Mühle, Thorn, Coppernikusstr. 14.

Buchhalterin

für ein Getreidegeschäft per 1. 3. gesucht. Bedingung: flotte Stenotypistin, amerik. Buchführung.

Angebote mit Bild unter D 307 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

---

1 Aufwartefrau

wird von sofort gesucht

Konditorei Zarucha, Parkstraße 4.

Suche für sofort ein fleißiges, ehrliches

Küchenmädchen.

Gutsverwaltung Kawentschin bei Neugrabia, Kreis Thorn.

Zuchtschafe, tragend oder schon mit Lämmern, Wolle, Saatlupinen, Halbverdeck, Kartoffeldämpfer, zweispänn. Kastenwagen, einf. eis. Bettstelle, einfaches, großes zweiteiliges Wirtschaftsspind, einf. vertikowartiges Spind, 2 zugfeste Wallache mit Geschirr, Hanftaue, Staknetze, Drahtseile, Schiffsanker, 2 offene, 1 Deck-Frachtenkähne

verkäuflich.

Anfragen unter E. F. 304 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erb.

Photograph-Apparat,

13×18, erstkl. Fabrikat, mit Zubehör zu verkaufen. **v. Zeuner,** Baderstr. 28, 2. Besichtig. 1—4 Uhr.

Sehr gut erhaltene

Offizier-Bekleidungsstücke sowie ein schwarzer Paletot

zu verkaufen Fischerstraße 5.

Schulbuch f. Lyz., Klaviernoten, elektr. Lampe, weiß. Kl dermtl. und Mütze z. verk. Linke, Parkstr. 11.

Kontrollkassen

National-Totaladdierer, ältere und neuere Modelle kaufen wir gegen bar. Offerten unter J. O. 6751 an **Rudolf Mosse, Berlin S. W. 19.**

Meyers Lexikon

zu kaufen gesucht. Angebote mit Jahrgangs- und Preisangabe an C. Lipczynski, Gerechtestr. 30.

Ein fast neuer, eleganter

Sportliegewagen

auf Gummirädern wird zu kaufen gesucht.

Angeb. unter **W. K. 100** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Die nationalliberalen Männer und Frauen des Stadt- und Landkreises Thorn

werden gebeten,

am Mittwoch, den 26. Februar, abends 6 Uhr

in der Aula des Gymnasiums vollzählig zu erscheinen.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über die Stellungnahme der Parteigenossen für die kommenden Wahlen.

Ganske. Wingendorf.

Hauptversammlung des Vereins der Liberalen in Thorn

am 27. Februar 1919, abends 8 Uhr

im Parteibüro der Deutschen demokratischen Partei Coppernicusstraße 14, 2 Treppen.

Tagesordnung:

Auflösung des Vereins

Die Mitglieder werden um vollzähliges Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Am Freitag, 28. Februar 1919,

abends 8½ Uhr im Tivoli-Saale findet ein

geselliges Beisammensein der Mitglieder der D. D. P. Thorn

statt, zu dessen zahlreichem Besuch ergebenst eingeladen wird.

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei Thorn.

Bankhaus Wm. Schlutow

Stettin

Gegründet 1832

Reichsbank-Giro-Konto Postscheck-Konto Berlin 2640

Depositen- u. Scheck-Verkehr
Vermögens-Verwaltung
Stahlkammer
Ausführung aller bankmäß. Geschäfte

Depositenkasse in Swinemünde
Lindenstraße 15—16

Musik-Unterricht!

Harmonium, Klavier rc., erteilt gründlich und gewissenhaft, nachmittags und abends

Henke, Brombergerstraße 102

Mehrere größere eiserne

Werkstättenfenster

werden zu kaufen gesucht.

Gefl. Angeb. erb. unter Nr. **281** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kranz- und Schloßdärme

zur Hausschlachtung empfiehlt

Johanna Kuttner, Thorn-Mocker.

Mauerziegel

bei sofortiger Bestellung prompt lieferbar.

Baumaterialien- u Kohlenhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung Thorn, Mellienstr. 8 Fernspr. 640 641.

Alte Taschenuhren

kauft

C. Lipczynski, Uhrmacher, Gerechtestraße 30.

Fahrräder,

ohne und mit Gummibereifung (Friedensware) empfiehlt

Fahrradhandlung S. Rzepka, Leibitscherstraße.

Meerrettig und Knoblauch

empfiehlt

M. Vetter, Schillerstraße 28.

Achtung!

Plättwäsche schön gewaschen u. sauber geplättet.

Frau Lewandowski, Gerberstr. 11, 1 Etg.

Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11

Sprechstunden 9—1 u. 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.

10—15 000 Mark Hypothek

von sof. od. spät. auf Stadt- oder Landgrundstück zu vergeben. Angeb. unter H. 305 a. d. Geschst. d. Ztg.

Der Opern- und Lieder-Abend

des

Kammersängers Robert Hutt

Tenor vom Opernhaus Berlin

findet am

Mittwoch, den 5. März,

abends 7½ Uhr im **Artushof** statt.

Eintrittskarten für Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 1.— sind noch zu haben.

Walter Lambeck, Buchhandlung.

Der Lieder- und Tanzabend

von

Hilde Baumann

findet erst

Freitag, den 7. März, abends 7½ Uhr

im **Artushof** statt.

Eintrittskarten sind noch zu haben.

Walter Lambeck, Buchhandlung.

Konzerthaus früher Dreimäderlhaus Coppernicusstraße 26.

Täglich:

Professor Weiß

der denkende Hund, und die übrigen

Kunstkräfte.

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Photographische Platten, Roll- und Plan-Films,

Entwicklungs- und Tageslicht-Papier

in allen Größen, stets frisch, empfiehlt

Adolf Majer, Breitestraße 9.

Entwickeln und Kopieren wird umgehend ausgeführt.

Kriegsbeschädigte, Kaufleute, Händler, kleinere Geschäfte, Leute jeden Standes und Alters, erhalten glänzende, vollkommen risikolose

Verdienstmöglichkeit

durch Fabrik und Einführung von Massenwirtschaftsartikeln. Ist auch Nebenerwerb f. Angestellte u. Frauen. Näheres: **Eyer u Co., Halberstadt,** Bismarckstraße 31, 1.

Bettnässen

Befreiung sofort

Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos durch **Merkur-Versand Gustav Zwerenz, München 532 W.,** Neureutherstr. 13.

Grundstücks-Verkauf.

Der Tod meines Mannes veranlaßt mich, mein gutgehendes Gasthaus, gesuchter Ausflugsort von Thorn, mit lebendem und totem Inventar sofort zu verkaufen, Land etwa 70 Morgen.

Gasthaus Bielitz, Grabowitz, Kreis Thorn.

Wir kaufen

Markensammlung

und Kriegsmarken

Philipp Kosack & Co., Berlin C., Burgstr. 13

Hund

verschwunden, Collie, ähnelt deutschem Schäferhund, dunkelgelb mit schwarz, Name Rex. Wer Auskunft erteilt, sodaß Hund wieder erlangt wird, erhält hohe Belohnung.

Wirtschaft Hptbahnhof Thorn.

Vermißt!

Wer von den Kameraden kann Auskunft geben über den

Unteroffizier

Otto Bremer

vom Ref.-Inft.-Regt. 21, 10. K.

Vermißt seit 1. November 1915 bei Dünaburg.

Otto Bremer, **Magdeburg,** Blumenthalstr. 13.

Verloren: 1 Damenuhr mit Kette

auf dem Wege vom Hauptbahnhof nach Stewken. Abzugeben gegen Belohnung.

E. K. Wirtschaft, Thorn-Hauptbahnhf.

Stadt-Theater

Mittwoch, 26. Februar, 7 Uhr: Operettenneuheit! Außer Abonnement! Benefiz Margarethe Mühlberg. Zum 1. Male!

„Die Faschingsfee"

Donnerstag, 27. Februar, 7 Uhr: Operettenneuheit! Abonnem.-Vorst. Zum 2. Male!

„Die Faschingsfee"

Freitag, 28. Februar, 7 Uhr: Zum 6. Male!

„Das Dreimäderlhaus".

Sonnabend, 1. März, 7 Uhr: Ermäßigte Preise! Zum 4 Male!

„Der Blaufuchs".

Thorner Schach-Verein.

Spielabende

jeden Donnerstag

ab 6 Uhr im Löwenbräu, Baderstr. Gäste herzlich willkommen. Anfängerkurse gratis. Anmeldungen dazu in der Buchhandlung **Max Gläser,** Gerberstraße 33 35.

---

8 Zimm.-Wohnung

mit Zentralheizung und elektrischem Licht zu vermieten.

Näheres bei

Dr. Tarnowski, Brückenstraße 11.

Elegant

möbl. Zimmer

möglichst mit elektrischem Licht und Bad in gutem Hause von älterem Offizier gesucht.

Angebote unter H. R. 366 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einige lebenslustige Feldgraue

20—25 Jahre, wünschen mit jungen Damen aus Thorn und Umgegend in Briefwechsel zu treten. Verschwiegenheit Ehrensache.

Angebote mit Bild unter **E. Z. 303** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.